Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 9

Artikel: Der unblutige Umsturz in Polen
Autor: Korab, Alexander
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160577

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER UNBLUTIGE UMSTURZ IN POLEN

VON ALEXANDER KORAB

In Polen fand am 21. Oktober ein unblutiger Umsturz statt. Die ganze stalinistische Gruppe ist aus dem Politbüro der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei entfernt worden, und der einstige Titoistenführer, der 1948 von dem Amt des Generalsekretärs der Partei zurückgedrängte und 1951 verhaftete Wladyslaw Gomulka, übernahm die Führung der polnischen Kommunisten. Um die ganze Tragweite des in Polen herbeigeführten Umschwungs zu erfassen, muß man auf die Vorgeschichte der letzten Ereignisse eingehen. Einen Markstein bildet dabei der Arbeiteraufstand von Posen am 28. Juni 1956. Die Freiheitsrevolte der polnischen Arbeiter hat mit einer solchen Deutlichkeit die politische, soziale und wirtschaftliche Krise des Regimes offenbart, daß die Stalinisten in der Parteiführung und in der Regierung gar nicht im Stande waren, eine Rückkehr zu den harten Methoden durchzusetzen. Hätten sie einen ernsten Versuch in einer solchen Richtung unternommen, so würde es ohne weiteres zu den revolutionären Vorgängen gekommen sein, die das Ausmaß der Revolte von Posen bei weitem übertroffen hätten.

Die erste offizielle Reaktion auf den Posener Aufstand schien den Standpunkt der Stalinisten widerzuspiegeln. Im amtlichen Communiqué vom 28. Juni hieß es: «Schon seit einiger Zeit versuchen imperialistische Agenten und eine reaktionäre Untergrundbewegung infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Mißstände in gewissen Fabrikbetrieben in Posen zu Erhebungen gegen die Volksherrschaft aufzuhetzen.»

Auch das Zentralorgan der polnischen KP «Trybuna Ludu» vertrat die These einer «blutigen Provokation» und schrieb, daß die «gutorganisierten Agentenzentralen» die Messestadt und den Zeitpunkt gewählt haben, «um die Unruhen hervorzurufen». Das Parteiblatt sprach von einer engen Verflechtung der Provokation mit der Tätigkeit der «ausländischen Zentralen». Allmählich wurde jedoch die These einer angeblichen Provokation, wenn auch nicht ganz fallengelassen, so doch ernsthaft geschwächt. Bereits eine Woche nach dem Posener Aufstand hat das Zentralorgan der Partei «Trybuna Ludu» in einem redaktionellen Artikel unter dem Titel «Erste Schlußfolgerungen» den bisherigen Standpunkt dahingehend geändert, daß es eine differenzierte Beurteilung der Posner Vorgänge brachte. Man unterschied zwischen einer legalen Streikbewegung der Arbeiterschaft von Posen und den später vorgefallenen «illegalen Gewaltakten». Die parteioffizielle Zeitung stellte die Ereignisse in Posen im Lichte der zwei verschiedenen Strömungen dar. Man bezeichnete den Ursprung und die erste Phase des Aufstandes als die

Folge einer durchaus gerechten Unzufriedenheit der Arbeiter von Posen. Dann hätten sich die «feindlichen Kräfte» eingeschaltet und verwandelten die Streikaktion in eine «bewaffnete Provokation».

Sogar der damalige Erste Parteisekretär, Edward Ochab, mußte unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Mehrheit der Partei von seinen ursprünglichen Absichten abrücken und in einer auf der 7. Plenartagung des Zentralkomitees der polnischen Partei gehaltenen Rede am 19. Juli 1956 den Standpunkt der gemäßigten Gruppe unter den polnischen Kommunistenführern einnehmen.

«Das Siebente Plenum des Zentralkomitees hält seine Sitzungen drei Wochen nach den schmerzlichen Ereignissen in Posen. Es wäre verfehlt, bei einer Untersuchung der Ursachen für die Vorfälle das Hauptaugenmerk auf die Machenschaften von Provokateuren und imperialistischen Agenten zu richten. Vielmehr muß man zuerst nach den sozialen Wurzeln des Geschehens suchen, das für unsere ganze Partei ein Warnsignal geworden ist. Denn es beweist, daß die Beziehungen zwischen der Partei und verschiedenen Angehörigen der Arbeiterklasse ernstlich gestört sind.»

Der Moskauer Parteizentrale ist diese Schwenkung offensichtlich nicht angenehm gewesen. So benutzte der sowjetische Ministerpräsident Bulganin die Gelegenheit eines Staatsbesuches anläßlich des polnischen kommunistischen Nationalfeiertages am 22. Juli, um im Rahmen einer politischen Rede auf der Festveranstaltung in Warschau zu erklären:

«Die jüngsten, von feindlichen Agenten provozierten Ereignisse in Posen sind ein neuer Beweis dafür, daß die internationale Reaktion die wahnwitzigen Pläne einer Wiederherstellung des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern immer noch nicht aufgegeben hat. Das dürfen wir aber nicht eine Minute lang vergessen. Sorglosigkeit wäre unter diesen Umständen unverzeihlich.»

Eine derart direkte Intervention des sowjetischen Ministerpräsidenten hat jedoch ihr Ziel verfehlt. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat zum Schluße der 7. Plenartagung am 31. Juli, also eine Woche nach der Rede Bulganins in Warschau, die Beschlüsse der Partei, darunter auch die Stellungnahme zu dem Arbeiteraufstand in Posen bekanntgegeben.

Darin hat die Warschauer Parteiführung eine sehr differenzierte und vorsichtige Haltung gegenüber den Ereignissen in Posen bekundet. Es wurde zwar von einer Provokation und von den konterrevolutionären Taten einer angeblichen Untergrundbewegung gesprochen, aber diese Thesen rangierten eindeutig an einem sekundären Platz. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, vor allem bei der polnischen Arbeiterschaft, sah sich die polnische Parteiführung gezwungen, festzustellen, daß bei den Arbeitern der Stalin-Werke in Posen eine besondere Unzufriedenheit herrschte, weil ihre gerechten Forderungen nicht rechtzeitig erfüllt wurden. Die polnische Partei gab zu, daß sich der Demokratisierungsprozeß in einer Atmosphäre der Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen entwickelte. Es entstand — so hieß es in der Resolution der

7. Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wörtlich — «ein Gefühl der Enttäuschung wegen der nicht erfüllten Hoffnungen auf eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards».

Der Posener Aufstand hat die schleichende Wirtschaftskrise Polens mit einem Schlag enthüllt. Die Partei und die Regierung mußten die verheerende Lage bestätigen. Ein führender Wirtschaftspolitiker, Oskar Lange, stellte Ende Juli fest, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung Polens tiefe Disproportionen entstanden sind. Lange erklärte wörtlich:

«Diese Disproportionen sind allgemein bekannt: die Disproportion zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und der Entwicklung der Industrie, die Disproportion zwischen den Produktionsmöglichkeiten der Industrie und der Materialbeschaffung, die Disproportion zwischen der zahlenmäßigen Entwicklung der Industrieprodution und der Qualität und Selbstkosten, die Disproportion zwischen dem Investitionsprogramm und dem veralterten technischen Zustand vieler Unternehmen... Wir haben mit den Methoden gewirtschaftet, die für die ‚Kriegswirtschaft' charakteristisch sind, das heißt mit den Methoden, die auf den moralisch-politischen Appellen und auf den rechtlich-administrativen Befehlen und auf den verschiedenen Zwangsmitteln nichtökonomischer Natur und nicht auf den ökonomischen Antrieben beruhen... Die Zunahme dieser Disproportionen hat heute eine Stufe erreicht, die zu der Auflösung der nationalen Wirtschaft führt.»

Die kommunistische Parteiführung unter dem Ersten Parteisekretär Edward Ochab und dem Ministerpräsidenten Jozef Cyrankiewicz (zwischen den beiden Politikern, die in ihren Auffassungen bis zum Posener Aufstand und in der ersten Woche nach der Arbeitererhebung grundverschiedene Konzeptionen vertraten, wurde Mitte Juli ein Kompromiß erzielt und Ochab ist auf den «mittleren Kurs» von Cyrankiewicz umgeschwenkt) glaubte, die wachsenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch ein Aktionsprogramm überwinden zu können. Dieses Programm wurde Ende Juli 1956 auf der 7. Plenartagung verkündet. Seine wesentlichen Punkte lauteten:

1. Die Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Sofortprogramms für 1956/57.
2. Eine strenge Investierungspolitik, die sich auf eine Kommentierung der Investierungen auf Objekte, die sich bereits im Bau befinden sowie auf Objekte beschränken soll, die durch eine baldige Inbetriebnahme maximale wirtschaftliche Effekte erreichen werden.
3. Eine Dezentralisierung der wirtschaftlichen Verwaltung und das Einräumen der Initiative der einzelnen Betriebe und der Belegschaften.
4. Die Änderung der Exportpläne unter der Einschränkung der Ausfuhr von Kohle mit der gleichzeitigen besseren Versorgung des Inlands.
5. Die Umstellung eines Teils der Rüstungsproduktion auf die Produktion von Konsumgütern.
6. Die Erweiterung der Rolle der Gewerkschaften und der Kompetenzen der Betriebsräte sowie den materiellen Anreiz der Belegschaften und

das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an den Produktionsplänen der Unternehmen; in Zusammenhang damit die Abschaffung des Gesetzes betreffend die Arbeitsdisziplin.

Dieses Aktionsprogramm hat jedoch von vornherein einen heftigen Widerstand der stalinistischen Kräfte in der Parteiführung hervorgerufen. Es hat sich eine Fronde der Stalinisten gebildet, die von dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaften, Viktor Klosiewicz, dem Chef für politische Erziehung der polnischen Armee, General Kazimierz Witaszewski, dem Mitglied des Politbüros Franciszek Mazur, und anderen geleitet wurde. Diese Gruppe hielt regelmäßig Geheimbesprechungen in einem Schloß in Natolin, einem Vorort von Warschau, ab und erhielt mit der Zeit, nachdem die polnische Öffentlichkeit von den Machenschaften erfuhr, die Bezeichnung «Natolin-Gruppe».

Ihr stand die mittlere Gruppe unter dem Ministerpräsidenten Cyrankiewicz, dem umgeschwenkten Ersten Parteisekretär Ochab und dem Staatspräsidenten Alexander Zawadzki gegenüber. Alle drei Politiker und ihre Anhänger in der Regierung und im Zentralkomitee der KP mußten nach einigen Wochen seit der Verkündung ihres Aktionsprogramms feststellen, daß die erhoffte Begeisterung unter den polnischen Arbeitern und Bauern nicht eingetreten ist und daß die lähmende Atmosphäre und der passive Widerstand der breiten Kreise der Bevölkerung nach wie vor andauert und daß damit ein völliges politisches und wirtschaftliches Chaos droht.

In einer solchen Situation hat man sich entschlossen, um Hilfe des einstigen Titoistenführers Wladyslaw Gomulka und seiner im Frühjahr 1956 rehabilitierten, jedoch von der aktiven Politik ferngehaltenen Anhänger zu bitten und Verhandlungen über ihre Rückkehr in das politische Leben einzuleiten. Gomulka weigerte sich monatelang, die Angebote der Partei anzunehmen, hat sich aber nach wiederholten Verhandlungen mit dem Politbüro der Partei schließlich Mitte September verständigt und seine Zustimmung gegeben, wieder eine aktive politische Rolle in Polen zu spielen. Nachdem der schwerkranke Rivale und Feind Gomulkas, der langjährige kommunistische Wirtschaftsdiktator Hilary Minc, als stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus der Parteiführung und aus dem Kabinett Anfang Oktober entfernt wurde, ist der Weg für ein come-back Gomulkas freigelegt worden. Die Konferenz des Politbüros der polnischen KP mit Gomulka, die am 15. Oktober stattfand, hat alle damit zusammenhängenden praktischen Probleme geregelt, und die auf den 19. Oktober 1956 einberufene 8. Plenartagung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sollte Gomulka zum neuen Parteiführer ernennen und ein neues politisches und wirtschaftliches Programm der Partei festlegen.

Die Mitglieder der stalinistischen Natolin-Gruppe haben beschlossen, diesen Plan zu vereiteln. Sie entsandten das Mitglied des Politbüros Franciszek Mazur, unter dem Vorwand einer Erholungsreise, nach Moskau, um dort die Sowjets für eine Intervention zu gewinnen. Das Resultat war das unerwartete Erscheinen einer Delegation des Moskauer Politbüros, bestehend aus Chruschtschew, Mikojan, Molotow und Kaganowitsch, am 19. Oktober, am ersten Tag der polnischen kommunistischen Tagung, in Warschau. Gleich nach der Ankunft der sowjetrussischen Machthaber wurde die Sitzung des Zentralkomitees der polnischen KP unterbrochen und es fanden im Schloß Belvedere, in dem zwischen den beiden Weltkriegen der Gründer des modernen polnischen Staates, Marschall Jozef Pilsudski, seinen Wohnsitz hatte und nach dem zweiten Weltkrieg der kommunistische Diktator Polens, Boleslaw Bierut residierte, mehrstündige Verhandlungen statt. Über den Inhalt der Gespräche gibt es keinen authentischen Bericht, außer der Mitteilung, die der polnische Staatspräsident Zawadzki nach der Abreise der Sowjetrussen vor dem Gremium des Zentralkomitees der polnischen KP gemacht hat. In dem Bericht von Zawadzki hieß es:

«Die sowjetischen Genossen haben als Motiv ihrer plötzlichen Reise nach Polen die tiefe Beunruhigung des Präsidiums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Entwicklung der Lage in Polen angegeben. Sie teilten mit, daß sie gemeinsam mit uns die Richtung der weiteren Entwicklung dieser Situation klären und unseren Standpunkt kennenlernen wollten, wobei bei ihnen die Entwicklung von verschiedenen Formen der antisowjetischen Propaganda und unsere Passivität gegen diese Propaganda eine besondere Beunruhigung hervorgerufen hat.»

Um den Druck auf Polen zu verstärken, hat Moskau gleichzeitig die auf dem polnischen Territorium stationierten sowjetrussischen Truppen aus verschiedenen Richtungen nach der polnischen Hauptstadt und nach dem Industriezentrum Lodz marschieren lassen. Diese beiden Schritte — der Interventionsversuch des Moskauer Politbüros und die Einsetzung der Sowjettruppen — haben die ganze polnische Nation zum Widerstand gegen die sowjetrussische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes veranlaßt. Der einstige Titoistenführer Gomulka wurde zum Symbol des polnischen Widerstandes. Im ganzen Lande fanden am 20. und 21. Oktober Massenversammlungen statt; man hat unter den Arbeitern in den Industriebetrieben Waffen verteilt und eine schnell improvisierte Arbeitermiliz aufgezogen. Die mit Gomulka sympathisierenden Generäle der Sicherheitstruppen haben sich auf die Seite der Antistalinisten gestellt und ihre Verbände in Alarmbereitschaft versetzt. In einer solchen dramatischen Atmosphäre gingen die Beratungen des Zentralkomitees der KP weiter und Gomulka hielt eine programmatische politische Rede, in der er eine neue Politik der polnischen Partei verkündet hat.

Um die breitesten Kreise der polnischen Nation für sein Programm zu gewinnen, stellte Gomulka eine Reihe von Reformen in Aussicht, die

eine Lockerung der bisherigen Herrschaftsmethoden insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik (Abkehr von der forcierten Kollektivierung, die Einstellung der Verfolgung der Groß- und Mittelbauern), der Industrie (mehr Konsumgüter, Einschränkung der Investitionen für die überstürzte Industrialisierung, Einführung der Arbeiter-Selbstverwaltungen in den Betrieben) und der Verwaltung bezwecken sollen. Er hat eine Revision der bisherigen amtlichen Auffassungen von den Schlüsselfragen der polnischen Innen- und Außenpolitik vorgenommen, indem er im einzelnen sagte:

«Der Versuch, die schmerzliche Posener Tragödie als ein Werk der imperialistischen Agenten und Provokateure hinzustellen, war politisch sehr naiv... Die Gründe der Posener Tragödie und der tiefen Unzufriedenheit der ganzen Arbeiterklasse sind in uns, in der Parteiführung und in der Regierung zu suchen. Das Konfliktmaterial sammelte sich jahrelang hindurch. Der in der Vergangenheit mit einem großen Elan propagierte Sechsjahresplan als eine neue Etappe des hohen Anwachsens des Lebensstandards hat die Hoffnung der breiten Massen der Werktätigen enttäuscht.»

Besonders wichtig war die Erklärung Gomulkas über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion:

«Diese Beziehungen müssen sich auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse gestalten. Sie müßten sich auf dem gegenseitigen Vertrauen und der Gleichheit der Rechte, auf der gegenseitigen Hilfe und auf der gegenseitigen freundschaftlichen Kritik entwickeln, und wenn es unerläßlich erscheinen sollte, auf der vernünftigen und aus dem Geist der Freundschaft und des Sozialismus kommenden Lösung aller strittigen Fragen. Im Rahmen solcher Beziehungen soll jedes Land die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit besitzen, und die Rechte eines jeden Volkes, sich selbst in einem unabhängigen Land zu regieren, sollten voll und gegenseitig geachtet werden.»

Gomulka erhob den Anspruch, einen besonderen polnischen Weg zum Sozialismus zu gehen und begründete diese These folgendermaßen:

«Der Weg der Demokratisierung ist der einzige Weg, der zum Aufbau des unter unseren Gegebenheiten vollkommensten Modells des Sozialismus führt. Von diesem Weg werden wir nicht abgehen, und wir werden uns mit allen Kräften dagegen wehren, uns von diesem Weg abdrängen zu lassen.»

Die Tagung der 8. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei endete am 21. Oktober mit der Neuwahl des Politbüros, bei der sämtliche Stalinisten eine Niederlage erlitten. Die ganze «Natolin-Gruppe» wurde aus dem Politbüro entfernt. Die Konsequenz dieses unblutigen Umsturzes mußte zu ähnlichen Maßnahmen in der Regierung und in den Provinzorganen sowie in der Armee führen. Im Zuge der Umbesetzungen auf den führenden Posten der Warschauer

Regierung wurde auch am 13. November, sieben Jahre nach seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der polnischen Armee, der Sowjetmarschall Konstanty Rokossowski, des Amtes enthoben; seinen Platz hat der enge Mitarbeiter Gomulkas, General Marian Spychalski, übernommen. Zusammen mit Rokossowski sind aus der polnischen Armee zahlreiche sowjetrussische Generäle entlassen worden, die jahrelang im Generalstab und auf den Posten der Kommandeure der Militärbezirke der polnischen Streitkräfte blieben.

Um sich die Popularität beim Volk zu verschaffen, hat die neue Parteiführung die Entlassung des Primas und Kardinals Stefan Wyszynski angeordnet und Verhandlungen mit der Hierarchie der römisch-katholischen Kirche eingeleitet.

Nach allen diesen Maßnahmen hat sich eine Delegation der polnischen Parteiführung in der Warschauer Regierung am 14. November unter der Leitung Gomulkas nach Moskau begeben, wo bis zum 18. Verhandlungen über die Neuregelung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen in den polnisch-sowjetischen Beziehungen stattfanden.

Nach dreitägigen Verhandlungen wurde in Moskau am 18. November eine gemeinsame polnisch-sowjetische Deklaration unterschrieben, in der, rein formell gesehen, Gomulka einen großen Erfolg erzielt hat. Die Sowjetrussen haben sich verpflichtet, die Souveränität und Unabhängigkeit Polens zu achten und die Beziehungen auf der Basis der vollen Gleichberechtigung zu entwickeln. Sie haben ferner dem polnischen Staat, der sich in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, eine Anleihe in Höhe von 700 Millionen Rubel für den Ankauf von sowjetischen Industrie- und Konsumgütern gewährt und Getreidelieferungen für das Jahr 1957 bis zu 1,4 Millionen Tonnen zugesagt. Ferner soll das heikle Problem der auf dem polnischen Territorium stationierten Sowjettruppen in laufenden Konsultationen mit der polnischen Regierung und durch ein Sonderabkommen über das Mitspracherecht der Warschauer Behörden zur Frage der Stärke, der Verteilung und der Bewegungen dieser Truppen geregelt werden. Auch die polnischen Staatsbürger, die etwa in einer Zahl von Hunderttausend in Rußland teilweise in den Konzentrationslagern gehalten werden, sollen die Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat bekommen.

Auf der anderen Seite hat sich aber Gomulka zur Unterstützung aller sowjetrussischen außenpolitischen Auffassungen bereiterklären müssen, und diese Tatsache vermindert wesentlich die russischen Versprechungen über die Achtung der polnischen Souveränitätswünsche. Man wird deshalb abwarten müssen, was sich aus der Moskauer Deklaration in praktischer Hinsicht entwickeln wird. Handfest scheint nur zu sein, daß die Russen den Führungswechsel in Polen akzeptiert haben und sie keine Aktionen unternehmen werden, um den ausgeschalteten stalinistischen Kräften einen neuen Auftrieb zu geben.

Die polnische offizielle Interpretation der Moskauer Abmachungen fand ihren Ausdruck in einer Rede, die der Parteiführer Gomulka gleich nach seiner Ankunft in Warschau am 19. November gehalten hat und in der Regierungserklärung, die von dem polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz im Warschauer Sejm am 20. November abgegeben wurde. Aus diesen beiden Stellungnahmen geht hervor, daß die Polen sich stark an die verbalen Garantien der Souveränität und der Unabhängigkeit des polnischen Staates halten und den Sowjets kein Ausweichen von den festgelegten Prinzipien ermöglichen wollen, auf denen sich die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Rußland basieren sollen. Die außenpolitischen Konzessionen, die die polnische Delegation in der gemeinsamen Erklärung in Moskau den Sowjetrussen einräumen mußte, um sich dadurch die freie Hand für die Innenpolitik zu erkaufen, die in der Vergangenheit von Rußland kontrolliert und bestimmt worden war, wurden weder von Gomulka noch von Cyrankiewicz erwähnt. Aber ob eine solche Zurückhaltung auch in Zukunft möglich sein wird, erscheint sehr problematisch.

Es ist noch voreilig, irgendwelche Prognosen über den außen- und innenpolitischen Erfolg der Gomulka-Politik und des polnischen Umschwungs vom 31. Oktober zu machen. Wesentlich ist jedoch die Frage, warum die Russen die ungarische Revolution blutig niedergekämpft haben und im polnischen Fall davon absahen. Es scheint, daß dabei mehrere Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung waren. In Polen hat man bereits vor Monaten Ventile für die öffentliche Kritik des stalinistischen Systems geschaffen und dadurch dem seit Jahren angesammelten Haß des Volkes die Schleusen geöffnet. In Ungarn hat die frühere Parteiführung eine solche Taktik bis in die letzten Tage entschieden verhindert, und die Reaktion mußte logischerweise viel radikaler ausfallen. Außerdem blieben die polnischen Kommunisten in ihrer «Los-von-Moskau-Bewegung» innerhalb der Grenzen des volksdemokratischen Systems und der marxistischen Doktrin, wenn sie auch die nationalkommunistischen Auffassungen zum obersten Grundsatz erhoben. In Ungarn dagegen verwandelte sich die Revolution in die Forderung nach der Einführung der parlamentarischen Demokratie mit den oppositionellen Parteien und mit der Auflösung der wichtigsten Merkmale der kommunistischen Diktatur. Diese Unterschiede geben den Schlüssel zur Klärung des Verhaltens Moskaus im Fall Polen und Ungarn.